



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Unterbezirk Bremen-Stadt

UB-Parteitag, 11. März 2023

Beschlussübersicht:

- A01 Rahmenbedingungen zur gleichberechtigten Übernahme von Sorgearbeiten schaffen („FairCare“)**
Antragstellend: UBV

- A02 Öffentliches Unternehmen für Schul- und Kitausbau schaffen**
Antragstellend: UBV, OV Peterswerder/ Steintor

- A03 Regionalen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft / Zivilgesellschaft stärken**
Antragstellend: OV Peterswerder/ Steintor

- A04 Gemeinsames Informations- und Marketingportal für die öffentlichen Hochschulen des Landes Bremen schaffen**
Antragstellend: OV Peterswerder/ Steintor

- A05 Notwendige Friedenspolitische Initiativen im Ukraine-Konflikt!**
Antragstellend: OV Peterswerder/ Steintor

- A06 Einführung des Weltfrauentages als gesetzlichen Feiertag**
Antragstellend: AsF

- A07 Für ein digitales Existenzminimum**
Antragstellend: AsF

A08 Die Grünpflege in Bremen stärken – Fundierte Strategie der SPD entwickeln und um-setzen

Antragstellend: AK Kunawi

A09 Kontrolle der von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu zahlenden Investitionskosten in der Pflege verbessern

Antragstellend: AG 60plus

A10 Bremen werbefrei – Eindämmung von beleuchteten und digitalen Werbeanlagen

Antragstellend: OV Hastedt

ÜBERWEISUNG AN DIE BÜRGERSCHAFTSFRAKTION:

A11 Bremen werbefrei –bessere Kommunikation für mehr Gemeinwohl

Antragstellend: OV Hastedt

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A01
--	------	-----

Rahmenbedingungen zur gleichberechtigten Übernahme von Sorgearbeiten schaffen („FairCare“)

- 5 Der UB-Parteitag fordert:
- ein Bremer Bündnis der Sozialpartner („FairCare“), um für den Wirtschafts- und Industriestandort Bremen Rahmenbedingungen zur Ermöglichung von mehr väterfreundlicher Elternzeit festzulegen und Problemstellungen gemeinsam lösen zu können,
 - 10 - Senat und SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Lohnersatzrate des Elterngeldes künftig sozial gestaffelt wird,
 - Senat und SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass Voraussetzung für die Inanspruchnahme der sogenannten Partnermonate künftig ist, dass der Partner insgesamt sechs Monate Elterngeld bezieht; gleichzeitig soll die Zahl der Partnermonate von zwei auf drei erhöht werden.
 - 15 - Senat und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die verschobene Einführung von zwei Wochen bezahlte Freistellung für das 2. Elternteil nach der Geburt unverzüglich zurückzunehmen und diese wie geplant zum Sommer 2023 einzuführen.

Öffentliches Unternehmen für Schul- und Kitaausbau schaffen

Senat und SPD-Fraktion werden aufgefordert zu prüfen, wie ein öffentliches Unternehmen geschaffen werden kann,

5

- das in direkter Weise mit dem Bau oder Ankauf von Schul- und Kitagebäuden und deren Vermietung an die Stadt Bremen beauftragt werden kann,
- das zur Finanzierung eigene Kredite aufnehmen kann, die nicht unter die Anrechnung bei der Schuldenbremse fallen und

10

- das in gleicher Weise geeignet ist, Grundstücke und andere Immobilien zu kaufen und für die Stadt zu verwalten.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A03
--	------	-----

Regionalen Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft / Zivilgesellschaft stärken

- 5 Die SPD-Fraktion wird aufgefordert, eine Übersicht und Analyse der Transferstrategien von Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Bremen erstellen zu lassen und auf dieser Basis zu prüfen, wie insbesondere der regionale Wissenstransfer zwischen den wissenschaftlichen Institutionen einerseits und der Wirtschaft sowie Zivilgesellschaft andererseits weiter gestärkt werden kann.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A04
--	------	-----

**Gemeinsames Informations- und Marketingportal für die öffentlichen Hochschulen
des Landes Bremen schaffen**

- 5 Der Senat und SPD-Fraktion werden aufgefordert zu prüfen, wie unter Mitwirkung der Hochschulen und des Bremer Standortmarketings ein gemeinsames Informationsportal der vier öffentlichen Hochschulen geschaffen werden kann, in dem Studieninteressierte in leicht auffindbarer und zusammengeführter Form Informationen über die Studienangebote der Bremer Hochschulen, die Wissenschaftslandschaft im Land Bremen sowie die
- 10 Studien- und Lebensorte Bremen und Bremerhaven erhalten.
- Ziel sollte ein Informationsportal sein, das Lust auf das Studieren in Bremen macht und die Bremer Hochschulen im zunehmenden Wettbewerb um Studierende stärkt.

Notwendige friedenspolitische Initiativen zur Beendigung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine

- 5 Wir verurteilen den durch nichts zu rechtfertigenden Überfall Russlands auf die Ukraine aufs das schärfste und unterstützen die Ukraine bei ihrer berechtigten Gegenwehr politisch, wirtschaftlich, humanitär und militärisch. Gleichzeitig muss aber vermieden werden, dass Deutschland und die NATO selbst zur Kriegspartei werden.
- Wir fordern die NATO, die EU, die Bundesregierung und den SPD-Bundesvorstand auf,
- 10 alle Möglichkeiten zu nutzen, um neue friedenspolitische Initiativen unter Mitwirkung der sich bisher als neutral verstehenden Staaten der Weltgemeinschaft zu ergreifen und durch weitere diplomatische Bemühungen mit dem Ziel eines Waffenstillstandes die Basis für anschließende Friedensverhandlungen zu schaffen.
- Wir begrüßen die besonnene Haltung von Bundeskanzler Olaf Scholz und vom Vors. der
- 15 SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich in diesem Zusammenhang ausdrücklich.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A06
--	------	-----

Der Landesparteitag möge beschließen

Dialog zur Einführung eines weiteren gesetzlichen Feiertages

- 5 Wir fordern den Senat auf, in den Austausch mit Niedersachsen zu treten, wo die neue Landesregierung ein Dialogverfahren zur Einführung eines neuen gesetzlichen Feiertages angekündigt hat, und ein ebensolches Dialogverfahren für Bremen zu starten. Mit Blick auf die enge Verknüpfung der Menschen in den beiden Ländern sollte das Ziel ein gemeinsamer neuer Feiertag sein. Die SPD Bremen-Stadt favorisiert hierfür den Welt-
- 10 frauentag am 8. März. Weiterhin kommt für uns der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus in Betracht.

Der Landesparteitag möge beschließen

Für ein digitales Existenzminimum

5 Wir fordern die SPD Bremen auf, sich den Kernforderungen des gemeinsamen Positionspapiers von Diakonie Deutschland, Armutsnetzwerk und dem Evangelischen Verband Kirche Wirtschaft Arbeitswelt nach Einführung eines digitalen Existenzminimums im Grundsatz anzuschließen:

- Forderung 1: Endgeräte Für Alle
- 10 • Forderung 2: Kostenlose Internetcafés & Internetzugang im öffentlichen Raum
- Forderung 3: In digitale Kompetenzen investieren
- Forderung 4: Bürgerfreundliche digitale Behörden
- Forderung 5: Menschen mit Armutserfahrung digital empowern
- 15 • Forderung 6: Ein Recht auch auf analoges Leben

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A08
--	------	-----

Die Grünpflege in Bremen stärken – Fundierte Strategie der SPD entwickeln und umsetzen

Die Fraktion der SPD wird aufgefordert, den Klärungsprozess für die Grünpflegestrategie
5 in Bremen voranzutreiben und dabei neben den ökologischen, sozialen und finanziellen
Aspekten auch die gerechte Verteilung der Grünpflegeausgaben zwischen den Orts- und
Stadtteilen zu prüfen. Das Augenmerk ist dabei nicht nur auf die veranschlagten und
erfolgten Ausgaben, sondern auch auf die aus klimabedingter Sicht notwendigen Fi-
nanzbedarfe zu richten. Um den finanziellen Spielraum zu erweitern, sollen auch unter-
10 stützende Partnerschaften, durch Unternehmen, Institutionen etc. geprüft und aktiver
einbezogen werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A09
--	------	-----

Kontrolle der von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu zahlenden Investitionskosten in der Pflege verbessern

Der Senat und die SPD-Fraktion werden aufgefordert, geeignete Instrumente und Mechanismen zu entwickeln, mit denen die von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu zahlenden Investitionskostenanteile in der Pflege eingehender überprüft und kontrolliert werden können. Dabei sind insbesondere auch die Kontroll- und Verhandlungsmöglichkeiten mit zu berücksichtigen, die bei der Übernahme von Investitionskostenanteile durch das Sozialamt bestehen, sowie die dabei gewonnenen Erkenntnisse.

10 Sofern die rechtlichen Möglichkeiten zur Kontrolle der Investitionskosten auf Landesebene nicht ausreichen, ist eine Bundesratsinitiative Bremens zu diesem Punkt zu entwickeln.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A10
--	------	-----

Bremen werbefrei – Eindämmung von beleuchteten und digitalen Werbeanlagen

5 Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Senator:innen und Mitglieder der Bürgerschaftsfraktion auf, sich für eine Begrenzung der täglichen Nutzungsdauer und Helligkeit bestehender Anlagen einzusetzen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 11. März 2023	2023	A11
--	------	-----

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Bremen werbefrei –bessere Kommunikation für mehr Gemeinwohl

- 5 Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Senator:innen und Mitglieder der Bürgerschaftsfraktion auf, sich für eine Änderung des Außenwerbungsgesetzes einzusetzen, um die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und den Bürger:innen zu verbessern, gemeinwohlorientierten Akteuren zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen und gegen Auswüchse des Turbokapitalismus vorzugehen.
- 10 Um dies zu erreichen, sollen auf 50% der Werbeflächen zu 50% der Nutzungszeit ausschließlich Information der Verwaltung und gemeinwohlorientierter Organisationen gezeigt werden.